

„Wir müssen den Flüchtlingen helfen“

Die Linke: Containerdorf auf dem früheren Steingut-Gelände ist keine optimale Lösung

Für „Die Linke“ ist es keine optimale Lösung, Flüchtlinge möglicherweise auf einem nicht mehr genutzten Industriegelände der Norddeutschen Steingut AG in Grohn unterzubringen. „Der Boden könnte vergiftet sein.“ Das betonten Bürgerschaftsabgeordnete und Beiratsmitglieder der Partei am Dienstagabend während einer flüchtlingspolitischen Sprechstunde im Vegesacker Linkstreff.

VON VOLKER KÖLLING

Bremen-Nord. Bremens Sozialressort, insbesondere Staatsrat Horst Frehe, habe in Bremen-Nord kein Fingerspitzengefühl bei der Flüchtlingsfrage bewiesen. Das war am Dienstag während der flüchtlingspolitischen Sprechstunde der Tenor im voll besetzten Vegesacker Linkstreff an der Lindenstraße. Gleichzeitig zeigten sich viele Mitglieder erschrocken und verärgert über rechtsradikale Sprüche und Entgleisungen in der Beiratssitzung in Vegesack.

Kristina Vogt machte als Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in der Bürgerschaft deutlich, dass in vielen Stadtteilen noch Diskussionen über Standorte für neue Flüchtlingsunterkünfte anstehen. Am 8. August



Kristina Vogt

FOTO: KÖLLING

geht es im Gröpelinger Beirat um das Thema, am 13. August in Obervieland und am 15. August erneut in Vegesack. Vogt: „Wir haben in der Bürgerschaft schon vor langer Zeit eine Notkonferenz und ein landespolitisches Konzept zur Unterbringung der Flüchtlinge gefordert.“ Das habe der Senat abgelehnt, obwohl Bremen schon vor Eintreffen zusätzlicher Flüchtlinge aus Syrien vom Bundesamt für Flüchtlinge vor einer steigenden Zahl von Asylbewerbern gewarnt worden sei. Das sei bereits zwei Jahre her.

Das Vegesacker Beiratsmitglied Sabri Kurt der Linken brachte rund 20 Versammlungsteilnehmer auf den aktuellen Kenntnisstand bei der Standortsuche im Bremer Norden. Für ihn ist das ehemalige Steingut-Gelände in Grohn noch keine Ideallösung

für ein Containerdorf: „Das war früher ein Industriegebiet. Da muss erst einmal geprüft werden, ob der Boden nicht vergiftet ist. Die Menschen kommen schließlich mit Kindern, die an der frischen Luft spielen.“ Die Forderung der Linken müsse es sein, die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft gut zu begleiten und gut zu betreuen.

Viele in der Runde teilten diese Einstellung zu Solidarität mit den Flüchtlingen, auch von

der Gewährleistung von Deutschunterricht und sozialpädagogischen Hilfen war die Rede. Heike Hey, linkes Beiratsmitglied in Obervieland, erzählte von ihren positiven Erfahrungen mit der afrikanischen Gemeinschaft mit in Bremen rund 10000 Menschen: „Diese Community ist eine große Bereicherung. Das sind durchweg Leute, die sich bemühen und zum Beispiel viel Wert auf eine gute Schulbildung für ihre Kinder legen.“ Die neuen Flüchtlinge solle man als Chance begreifen, eine neue Kultur kennenzulernen: „Wir sollten die Flüchtlinge mit großen Herzen und offenen Armen begrüßen. Sie werden eine Bereicherung für uns sein, wenn wir solidarisch sind.“ Dafür bekam Heike Hey Applaus.

Syrien-Konflikt analysieren

Die Linken wollen künftig nicht nur ihre Abgeordneten zu Versammlungen mit dem Thema Flüchtlinge schicken, um aktiv ein Kippen von Beiratssitzungen in Richtung rechts zu verhindern. Kristina Vogt: „Es ist schlimm, dass sich der Beirat in Vegesack nicht dagegen gestemmt hat.“ Die SPD sei vor den Provokateuren im Saal eingeknickt, vermutete Sabri Kurt: „Da wurde vorgeschlagen, die Flüchtlinge doch im Bunker Valentin unterzubringen. Und das soll keiner mitbekommen haben? Das glaube ich nicht.“ Kristina Vogt vermutete, dass die Bürger den Verlust ihres letzten

Sportplatzes befürchtet haben: „Andere waren schlicht gegen die Unterbringung der Flüchtlinge in einem Containerdorf, was ich sehr gut nachvollziehen kann.“

Das linke Parteimitglied Ernst Chantelau warnte mehrfach davor, aufgebrachte Bürger einfach als Nazis oder Mob abzustempeln. Aus Chantelaus Sicht müsse man sich auch den syrischen Konflikt genauer anschauen, vor dem die Menschen aktuell geflohen sind: „Französische und britische Stellen räumen inzwischen Kommando-Aktionen in Syrien ein, und die Bundeswehr unterstützt den Krieg mit einem Schiff vor der Küste Libanons. Saudi-Arabien und Katar finanzieren den Kampf mit Unsummen von Geld. Warum nehmen diese unglaublich reichen Länder nicht die Menschen auf, die sie durch ihre Politik heimatlos gemacht haben?“

Vogt stellte dem die Parteilinie entgegen: „Wir müssen den Flüchtlingen helfen. Wir Deutsche profitieren davon, dass es den Menschen in diesen Ländern schlecht geht. Und es geht nicht allein um Syrien, sondern um mehr als 100000 Asylbewerber pro Jahr.“ Es dürfe auf keinen Fall eine Stimmung wie Mitte der 1990er-Jahre entstehen. Damals sei von den etablierten Parteien lange eine Politik gegen Flüchtlinge gemacht worden: „Das ging so lange, bis überall im Land die Flüchtlingsheime brannten.“